Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 245 | Dresden, Mittwoch den 22. Oktober 1919 | 30. Jahrg.

Streit statt sachlicher Arbeit

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart hat an einem erschütternden Beispiel mehr gezeigt, wie weit die deutsche Arbeiterschaft in den Stürmen der Revolution von den Zielen abgewichen ist, die zu verfolgen ihr das eigene Klasseninteresse gebietet. Eine Gewerkschaft, die die wichtigste Industrie Deutschlands umfaßt und die intelligentesten Arbeiterschichten in sich vereinigt, hat ihren ersten Vertretertag nach dem Friedensschluß und der Revolution abgehalten. Was hat er bringen müssen, und was hat er gebracht?

Es galt zunächst, sich in einer völlig veränderten Welt zurecht zu finden. Der Friede von Versailles hat die Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft, insbesondere die der deutschen Metallindustrie, auf das Empfindlichste verändert, er hat ihr wichtige Rohstoffquellen abgeschnitten, zum mindesten den Zugang zu ihnen stark verengert, und er hat ihr schwere Lasten auferlegt, die nur durch Erzeugung von Mehrwert und dessen Ablieferung ins Ausland abgetragen werden können. Auf der andern Seite hat er eine Wiederumstellung von der Kriegs- zur Friedensarbeit bewerkstelligt, die nirgends vollkommener ist als in der Metallindustrie, und er hat dieser Industrie wieder Gelegenheit gegeben, den durch jahrelange Aussetzung wirklich produktiver Arbeit und durch die Zerstörung so vieler Kulturgüter entstandenen Warenhunger zu befriedigen. Er hat die deutsche Metallindustrie auf dem Gebiet des Wiederaufbaues der kriegszerstörten Gebiete sowie des Schiffsbaues vor ganz besondere Aufgaben gestellt.

Zugleich hat die Revolution und die aus ihr entstandene in Kraft befindliche Verfassung der Arbeiterklasse ungeahnte Möglichkeiten gegeben, einen entscheidenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft und Sozialpolitik, auf Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben. Die ersten Wahlen haben die sozialistischen Arbeiter der Mehrheit in der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches nahe gebracht, ihre vollständige Erreichung winkt als greifbares Ziel. Dadurch muß auch das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Betrieben berührt werden, wo nach der Ankündigung des Reichskanzlers Bauer schon zu Beginn des nächsten Jahres die Betriebsräte in Funktion treten sollen. Diese sind aber wieder nur als Unterbau gedacht für die Bezirksarbeiterräte und den Reichswirtschaftsrat, dem die Aufgabe zufallen wird, besondere Sozialisierungsgesetze vorzuschlagen, und der das Recht haben wird, seine Gesetzentwürfe in der gesetzgebenden Körperschaft einzubringen und zu vertreten.

So konnte man denn mit Spannung erwarten, in welcher Weise die Elite der deutschen Arbeiterklasse zu diesen von Krieg und Revolution aufgewirbelten Problemen Stellung nehmen werde. Es war die neue Lage der Industrie in Erörterung zu ziehen, Möglichkeiten und Grenzen ihrer Sozialisierung waren zu besprechen, zu dem Streikproblem war Stellung zu nehmen, dessen Gesicht sich in dem Maße verändert, in dem die Wirtschaft der privaten Ausbeutungs- und Willkürsphäre entrückt und in den Rahmen eines nur dem Gemeinwohl dienenden Gesamtorganismus gestellt wird. Wenn sich über die Lösung all dieser mannigfaltigen Aufgaben eine volle Uebereinstimmung der Meinungen nicht erzielen ließ, wenn der Kampf der Geister lebhaft tobte, die Meinungsgegensätze heftig aufeinanderprallten, so war das gewiß kein Schaden und keine Schande. Wenn nur wirklich über das geredet und gestritten wurde, was das Entscheidende war, wenn der Kongreß nur zeigte, daß er wußte, worauf es ankam.

Also, nicht die Meinungsverschiedenheit an sich ist das Niederdrückende dieses Kongresses, sondern das Wesenlose und Verfahrene seiner Debatten, das Skandalieren über Nebensächlichkeiten und das gänzliche Verkennen der eigentlichen Aufgaben. Eine solche Verwirrung war nur möglich, weil die ganzen Verhandlungen von vornherein auf das Unsachliche eingestellt waren, weil der Streit parteipolitischer Richtungen so dominierte, daß das, was ihm erst seinen Inhalt geben kann, die Vertretung anvertrauter Interessen und das Wohl der Arbeiterklasse, gänzlich im Hintergrunde verschwand. Die Sozialdemokraten klein zu kriegen, der verhaßten Generalkommission am Zeuge zu flicken, das war das einzige Ziel, hinter dem alle wirklichen Aufgaben und Nöte der Zeit unter die Schwelle des Bewußtseins zurücktraten. Es ist ein tragisches Schicksal, daß die Gewerkschaftsbewegung gerade in diesem Augenblick, in dem die höchsten Aufgaben an sie herantreten, zu ihrer Leistung durch zerrüttende Richtungskämpfe untauglich gemacht wird, daß man sich infolgedessen in lächerlicher Weise um Quisquilien herumstreitet, während für die höchsten Interessen der Arbeiterklasse eine entscheidende Stunde geschlagen hat.

Mit Recht sagt man, daß sich in revolutionär bewegten Zeiten die Stimmungen der Massen rasch ändern. Das Bild, das der Stuttgarter Kongreß geboten hat, entspricht daher auch längst nicht mehr der wirklichen Massenstimmung. Alle, die Gelegenheit haben, die Massen in Betrieb und Versammlung zu beobachten, stimmen überein in ihrem Urteil, daß die Zeit schon wieder vorüber ist, in der die lautesten Schreier sich als unbestrittene Führer aufspielen konnten. Die Ernüchterung und das wieder erwachende Verständnis für die erprobten Methoden des politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampfes machen sich überall bemerkbar. Ueberall beginnt man zu begreifen, daß eine soziale Umwälzung ein ungeheures Stück geistiger Arbeit ist, die reifliche Ueberlegung und Zeit fordert. Klamauk aber ist noch lange keine soziale Revolution.

Die englische Märchentante

Der englische Lügenapparat, der schon während des Krieges so vortrefflich arbeitete, hat wieder einmal einen großen Erfolg erzielt. Alle Welt glaubte an die Einnahme Kronstadts und zum mindesten an die unmittelbare Bedrohung von Petersburg. Aber es hat den Anschein, als o balle die Meldungen von den großen Erfolgen der Nordwestarmee und der mit ihr verbündeten englischen Flotte freie Erfindungen sind. Wohl bombardierten britische Seeflieger Kronstadt zu wiederholten Malen und richteten erheblichen Schaden an, aber noch immer weht auf den Mauern der Inselfestung die rote Fahne der Sowjetrepublik, und aus Petersburg gehen noch immer ungestört bolschewistische Funksprüche in die Welt.

Nun auch genauere Nachrichten über das Kräfteverhältnis zwischen Angreifern und Verteidigern vorliegen, kann man nicht einmal behaupten, daß die Meldungen den Ereignissen vorausgeeilt seien. Es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die russischen Landsknechtsführer mit ihren geringen, noch dazu schlecht disziplinierten Söldnerhorden die Rote Republik stürzen werden. Und wir dürfen es auch gar nicht wünschen. Denn der Sieg der Koltschaks, Denikins und Judenitschs würde für Rußland nicht ein Ende, sondern nur einen Wechselder Diktatur bedeuten. Nach dem roten würde der weiße Terror seine wüstesten Orgien feiern, wie wir es zur Zeit ja in Ungarn erleben.

Nur dann wird Rußland ein wirklich freier Staat werden, wenn die Befreiung vom Bolschewismus von innen heraus erfolgt, wenn das Volk, dessen überwiegende Mehrheit nach amtlichen Feststellungen nicht kommunistisch gesinnt ist, das Joch Lenins und seiner Kommissare abschüttelt und auf breitester demokratischer Grundlage einer freigewählten Vertretung die Lenkung seines Schicksals anvertraut.

•

Berlin, 22. Oktober. Bei der Zeitung Prisyw sind folgende Berichte von den russischen Fronten vom 21. Oktober eingelaufen:

Front des Generals Judenitsch: Die Kämpfe in den Vorstädten von Petersburg dauern fort; der Gegner bietet alle Kräfte auf, um sich zu verteidigen. In der Richtung auf Pskow (Pleskau) hat der Gegner starke Reserven herangeführt.

Front des Generals Denikin: Kämpfe in den Vorstädten von Kiew mit vorrückendem Gegner. Im Zentrum sind wir an der Eisenbahn Oral—Tula vorgerückt. Die Stadt Mzensk nordwestlich von Orel wurde von unsern Truppen genommen.

•

Litauens Furcht vor Polen

Die neugebildeten slawischen Staaten gönnen einer dem andern nicht das Leben. Esthen und Letten, Litauer, Polen und Tschechen können sich über die Grenzen gegeneinander nicht einig werden. Ueber Litauen wurde der Belagerungszustand verhängt und die Jahresklassen 1896 bis 1899 und 1900 mobilisiert. Die Taryba ist zum 25. d. M. einberufen worden. Man befürchtet einen polnischen Einfall in das litauische Gebiet. In einer von 10 000 Personen besuchten Versammlung wurde gefordert, daß die polnischen Großgrundbesitzer in der Umgebung der Demarkationslinie ausgewiesen werden.

Deutschland geht nach Washington

Berlin, 22. Oktober. Die deutsche Regierung hat in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsverbandes beschlossen, Delegierte zur Arbeiterkonferenz nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören.

Foch entscheidet

Zürich, 22. Oktober. Nach einer Pariser Meldung hat der Oberste Rat beschlossen, dem Oberkommando der Verbündeten die Bestimmung des Datums anzuvertrauen, zu dem der Friedensvertrag in Kraft treten soll. Paris wurde zum Ort der Zusammenkunft des Rates des Völkerbundes bestimmt. Nach der erfolgten Ratifikation durch Deutschland und drei Vertragsmächte hält sich der Oberste Rat für berechtigt, die Einberufung der ersten Versammlung des Völkerbundes anzuordnen, ohne die Ratifikation durch den Senat der Vereinigten Staaten abzuwarten.

Wilsons Vermittlungsversuche

Gestern hat in Berlin die erste Sitzung des Untersuchungsausschusses begonnen, der die politischen Vorgänge vor und während des Krieges klarstellen soll und zwar begann man gestern die Frage zu erörtern, ob die Friedensvermittelungsversuche Wilsons an dem Verhalten Deutschlands gescheitert seien. Wir haben während des Krieges sehr oft die Anschauung vertreten, daß bei den Gegnern Deutschlands das notwendige Maß von Friedenswillen nicht vorhanden sei. Diese Anschauung ist sicher richtig gewesen. Es hat, soweit man bisher unterrichtet ist, kaum jemals so gelegen, daß die Gegner Deutschlands leicht zu einem Friedensschluß zu bringen gewesen wären. Das bestätigen auch die Aussagen, die Graf Bernstorff gestern vor der Kommission gemacht hat. Man war sich im Ententelager bewußt, daß man auf die Dauer der Stärkere bleiben würde und hat mit dem Sieg über Deutschland gerechnet, den man ja schließlich auch, wenn auch erst mit ungeheuren Opfern, erreicht hat.

Durch das alles aber werden die Männer, die in Deutschland während des Krieges an entscheidender Stelle gestanden haben, nicht entlastet. Mag die Schuld der Ententemänner an der langen Dauer des furchtbaren, blutigen Ringens noch so groß sein, die Schuld der deutschen Reichsleitung wird dadurch nicht verringert. Sie hat nicht das Ihrige getan, um eine baldige Beendigung des Krieges herbeizuführen. In unsinniger Verblendung hat sie sich von dem Gedanken nicht losmachen können, daß Deutschland als triumphierender Sieger aus dem Weltkriege hervorgehen müsse, und deswegen konnte sie sich nicht rechtzeitig entschließen, auf alle Eroberungsziele zu verzichten und klipp und klar zu sagen, daß Deutschland zur Freigabe und zur Entschädigung Belgiens bereit sei. Und ohne die Bereitschaft Deutschlands zur Freigabe Belgiens war jeder Friedensversuch, der von neutraler Seite gemacht wurde, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die gestrigen Verhandlungen, die außer einem Referat Singheimers noch die Vernehmung des Grafen Bernstorff brachten, geben uns natürlich noch kein endgültiges Bild, aber auch sie zeigen schon, ein wie schweres Hindernis die Weigerung der deutschen Regierung, sich über ihre Friedensbedingungen klar zu äußern, für die Vermittlungsaktion des Präsidenten Wilson gewesen ist.

• • •

Die Verhandlungen der Untersuchungskommission

Die öffentliche Sitzung des zweiten Untersuchungsausschusses, in dem die Frage der versäumten Friedensmöglichkeiten zur Beratung steht, begann am Donnerstag vormittag nach 10 Uhr in einem kleinen Kommissionszimmer des Reichstags.

Den Vorsitz in diesem Untersuchungsausschuß führt der Abg. Warmuth (Dtsch. Vp.), seines Zeichens Landgerichtsdirektor, ein Mann, der von der Aufgabe, die ihm zugefallen, wenig erfreut ist. Mit gerichtsmäßiger Feierlichkeit erfolgt dann die Vereidigung der erschienenen Sachverständigen Professor Dr. J. Benn, Professor O. Hoetzsch und Professor Dietrich Schäfer.

Dann beginnt Genosse Dr. Singheimer sein Referat.

Einige Minuten nach 11 Uhr beginnt die

Vernehmung Bernstorffs.

War das Referat Singheimers beinahe eine Huldigung für den früheren deutschen Botschafter, der in Washington als ein treuer Ekart seines Volkes — leider vergeblich — waltete, so ist Bernstorffs eigenes Zeugnis eine starke Rechtfertigung der Politik, die der Präsident Wilson in jener entscheidenden Zeit befolgt hat.

Eine sehr lebhafte Erörterung entspinnt sich dann über die Frage, in welchem Verhältnis der

deutsche Friedensschritt vom 12. Dezember

zu dem Friedensvermittlungsvorschlag des Präsidenten Wilson vom 18. Dezember steht. Bernstorff war instruiert, Wilson zu Friedensvermittlungen zu ermutigen. Er tat das auf dem Wege über den Obersten Hause mit Erfolg. Eine Aktion Wilsons wurde bis spätestens Neujahr dem Grafen Bernstorff in Aussicht gestellt, doch wurde er gebeten, dahin zu wirken, daß bis dahin in Deutschland möglichst wenig von Friedensvermittlung gesprochen werden sollte, um keine voreilige Ablehnung der Gegner zu provozieren. Der deutsche Friedensschritt vom 12. Dezember 1916 erscheint danach in einem neuen, etwas zweifelhaften Lichte. In Amerika betrachtete man ihn als eine Gefährdung der eigenen Aktion.

Der Zeuge Bernstorff wird in ein

förmliches Kreuzfeuer

genommen. Man will der Frage auf den Grund kommen, ob die deutsche Aktion vom 12. Dezember etwa eine absichtliche Durchkreuzung der Friedenspläne Wilsons bedeutet hätte.

Um 12½ Uhr wird die Sitzung abgebrochen, sie wird am Mittwoch, um 10 Uhr vormittags, mit der weiteren Vernehmung Bernstorffs fortgesetzt.

•

Sitzungsbericht

Im Sitzungssaal 1 des Reichstagsgebäudes trat Dienstag vormittags 10¼ Uhr, der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen.

Um 10¼ Uhr

eröffnet der Vorsitzende

Abg. Warmuth die Sitzung. Er führte dabei aus: Der Unter-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191022/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG